

Christoph Moar

<http://christophmoar.it>

twitter.com/christophmoar

facebook.com/christoph.moar

christoph@klausen-chiusa.org



Klausen, 13.09.2013

Fragen und Antworten Vereinigung der Freiberufler

1. Die Bürokratie hat in letzter Zeit in exponentiellen Maßen zugenommen. Erschreckend ist die Tatsache, dass im Bürokratiewahn unbescholtene Bürger gedankenlos kriminalisiert werden und ihre Unbescholtenheit für fast jede bürokratische Prozedur nachweisen müssen (Durc, Antimafiabestätigungen, Zahlungen auf kontrollierten Bankkonten). Entbürokratisierung kann nur durch die radikale Abschaffung gewisser Verwaltungsprozeduren gesichert werden. **Halten sie es für möglich, kompromisslose Vorschläge zum Abbau von bürokratischen Hürden, welche die Vereinigung anregt, aufzunehmen, und zu versuchen, diese umzusetzen?**

Ich kenne zwar die konkreten Vorschläge zum Abbau der bürokratischen Hürden, die die Vereinigung anregt, nicht – so dass ich zu den einzelnen Vorschlägen keine Aussage treffen kann, obwohl ich viele der genannten Auflagen aus meiner eigenen Unternehmerschaft kenne. Was ich aber mit Sicherheit sagen kann ist, dass wir in der Arbeitsgruppe „verdECONomia _ Grüne Wirtschaft“ auch in unserem Wirtschaftsprogramm (das ich Ihnen beilege) die Reduzierung der bürokratischen Aufwände für die Unternehmen als explizites Ziel nennen. Wir fordern, den unübersichtlichen „Gesetzesdschungel“ durch ein „Rechtsbereinigungsverfahren“ zu vereinfachen, wie es erfolgreich auch in anderen Staaten vorgemacht wird. Und wir fordern, neue Gesetze anhand eines Indikatoren-Systems auf ihren bürokratischen Aufwand für die Unternehmen zu prüfen und anzupassen.

2. In den Tätigkeitsbereich von Freiberuflern fällt regelmäßig für seine Kunden/Klienten/Auftraggeber bei öffentlichen Ämtern der Provinz Anfragen zu stellen und Ermächtigungen und Bestätigungen einzuholen. In wiederkehrenden Einzelfällen bleiben die entsprechenden Antworten oft aus, bzw. erfolgen nicht in einem angemessenen Zeitraum. **Falls bei einem Amt symptomatisch eine nicht gerechtfertigte Verzögerung vorliegt, erklären Sie sich bereit, gemeinsam mit dem Verband entsprechende Schritte zu setzen, um die Situation zu verbessern?**

Die öffentlichen Ämter sind, und das ist meine Überzeugung, im Prinzip Dienstleister im Dienste der BürgerInnen und der Unternehmen. Zu den messbaren Qualitätskriterien eines Amtes gehört selbstverständlich auch die Durchlaufzeit einzelner Prozesse, diese kann systematisch erfasst werden und auch im Rahmen der Transparenzbestimmungen der Öffentlichen Verwaltung bereits heute veröffentlicht werden. „Wiederkehrende Einzelfälle“ halte ich für einen Widerspruch an sich: dort, wo Defizite wiederholt auftreten und objektiv vorhanden sind, ist selbstverständlich Besserung zu

fordern, gegebenenfalls auch über Interventionen über Landesabgeordnete, denen nach meinem Demokratieverständnis auch eine Kontrollfunktion zusteht.

3. In der Ausübung seines Berufes muss der Freiberufler Bestimmungen anwenden, welche die Landesregierung erlässt. Diese Bestimmungen könnten, besonders im technischen Bereich, oft klarer und eindeutiger formuliert werden - was die Anwendung erleichtern würde. **Können Ihrer Ansicht nach Maßnahmen gesetzt werden, um eine Verbesserung in diesem Bereich zu erwirken, vor allem durch eine stärkere Bindung der Freiberufler bei der Formulierung bei den Durchführungsverordnungen?**

Das eingangs zitierte Rechtsbereinigungsverfahren zielt darauf hinaus, „alte“ Normenkonstrukte aufzuräumen und zu vereinfachen. Neue Normen oder Vorschriften sind hiervon natürlich nicht auszunehmen, es verwundert dass die Landesregierung, die auf einen Stab von Technikern zugreifen kann, nicht bereits von selbst eine klare und widerspruchsfreie Formulierung erreichen soll. Die Formulierung der Durchführungsverordnungen selbst ist in meinem Verständnis Aufgabe der Landesregierung, ich bin aber davon überzeugt, dass ein neuer Ansatz in der Politik der sein muss, dass die Stakeholders einer Verordnung, also die Personen oder Gruppen, die ein berechtigtes Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses oder Projektes haben, bei dem Prozess, der zur Verordnung führt, auch eingebunden gehören. Dies sollte zu einer selbstverständlichen Vorgehensweise werden, nicht nur in dem speziellen Fall, den wir hier ansprechen. Man denke an die Sozialpartnerschaft, die in Südtirol zuletzt im Rahmen des LEROPs in den 80er Jahren zustande kam, und die aus unserer Sicht dringend wiederhergestellt werden muss. Wir von verdECONomia sind überzeugt, dass die Politik in allen Aktionsfeldern den Dialog mit der Zivilgesellschaft, den Verbänden und den Vertretungsorganisationen suchen muss.

4. Mehrere Berufsgruppen von Freiberuflern - neben den Rechtsanwälten auch Gutachter (darunter auch Wirtschaftsberater, Architekten und Geometer) - führen einen Teil ihrer Tätigkeit noch an den Außenstellen des Landesgerichts durch. Die Zentralisierung beim Landesgerichtes Bozen führt dazu, dass die Freiberufler außerhalb der Landeshauptstadt benachteiligt werden und zudem auch zu einer allgemeinen Mehrbelastung für die Streitparteien und Zeugen (Fahrten nach Bozen). **Glauben Sie, dass durch weitere Interventionen der Erhalt der bestehenden Außenstellen des Landesgerichts Bozen in Zivil- und in Strafsachen erreicht werden kann? Welche Schritte für den Erhalt würden sie einleiten und umsetzen?**

Ich bin kein Freund von Zentralisierungen, zumindest nicht dort, wo ein wesentlicher Dienst für die BürgerInnen damit verloren geht. Niederlassungen der Gerichtsbarkeit in den wesentlichen Talschaften oder Bezirksgemeinschaften gehören aus meiner Sicht zu dem Service, den man den BürgerInnen gewähren sollte, auch um ein Zeichen gegen die schleichende Abwanderung von Unternehmen und Infrastruktur aus den dezentralen Gebieten entgegenzuwirken. Inwieweit hier Möglichkeiten einer Intervention gegeben sind, ist sicherlich in erster Linie mit unseren Abgeordneten in Rom zu prüfen, und auch von einer Landesregierung zu verfolgen. Eine Unterstützung dieser Anliegen von uns aus der Arbeitsgruppe „verdECONomia“ entspricht unseren Vorstellungen einer Unterstützung einer regionalen Wirtschaft.

5. Eine Grundfrage zur Urbanistik: Das Urbanistik-Gesetz sollte, trotz der letzten Reform von Grund auf neu geschrieben werden. Unterstützen Sie den Vorschlag, dass vor jeder weitgreifenden Reform ein Gutachten eingeholt wird, wie die wesentlichen urbanistischen Fragen in anderen Gegenden im alpinen Raum gelöst werden. In diesem Zusammenhang ersucht die Vereinigung, einen Beitrag zur Fragestellung leisten zu können, und bei Vorliegen eines ersten Entwurfs des Gutachtens Zusatzfragen einbringen zu können.

Ja, wie ich vorhin schrieb halte ich die Einbindung der Stakeholder als selbstverständlichen Bestandteil eines Meinungsbildungs- und normativen Prozesses. Dies ganz allgemein und in allen Wirkungsfeldern der Politik. Im konkreten Fall des Urbanistikgesetzes verweise ich auf die Kompetenzen, die besonders unser aktueller Mandatar Riccardo Dello Sbarba in seinen Analysen aufzeigt und bin überzeugt, dass eine Neureglementierung notwendig ist. Eine Neureglementierung, die auch nicht notwendigerweise die Rolle der dezentralen Instanzen (Gemeinderäte) bei z.B. Bauleitplanänderungen beschneiden sollte. Dies entspricht meinem Verständnis von Subsidiarität, also der Zuteilung von Verantwortung auf lokale Körperschaften, und meinem Verständnis der Gemeinderäte in ihrer Rolle als regierungsunabhängige Kontrolle.

6. Es fällt auf, dass durch Gesetzesbestimmungen Tätigkeitsbereiche, welche ursprünglich von Freiberuflern ausgeübt worden sind, verwaltungsintern übernommen werden.
Unterstützen Sie unsere Forderung, dass der typische Entfaltungsbereich der freien Berufe erhalten wird?

Ohne spezifische Beispiele kann ich zu dieser Frage keine abschließende Bewertung geben. Meine Überzeugung ist aber die, dass Tätigkeiten, die spezielle Kompetenzen aufweisen, auch von Dienstleistern abgewickelt werden sollen, die diese Kompetenzen haben. Wenn eine Aufweichung dieser Regel zu einer schlechteren Qualität der Leistung führen sollte, ist eine Liberalisierung nicht sinnstiftend. Über die konkrete Situation kann ich aber nicht urteilen ohne genauere Kenntnis.

7. Es gibt laufend Gesetzesänderungen und Neuerung in Bereichen, welche die tägliche Arbeit von Freiberuflern betreffen (Zugang zu Grundbuch und Kataster, Urbanistik).
Unterstützen Sie unsere Forderung, bei geplanten Gesetzesänderungen auch eine Gruppe von Freiberuflern, welche diese Bestimmungen vorrangig anwenden, als beratendes Organ beizuziehen?

Wie in den Punkten 3 und 5. Personen oder Gruppen, die ein berechtigtes Interesse aufweisen, sind in den Entstehungsprozessen beratend einzubinden. Das wäre eine gelebte bürgerfreundliche Regierung.

8. Freiberufler haben für ihre Kunden häufig Kontakt mit öffentlichen Ämtern, was oft mit langen Wartezeiten verbunden ist. **Sind Sie bereit sich einzusetzen, dass in den öffentlichen Ämtern mit viel Publikumsverkehr eigene Zeitfenster mit Vormerkungsmöglichkeit für die Freiberufler eingerichtet werden? (wie es z.B. bei der Agentur der Einnahmen möglich ist)**

Ich habe diese Tatsache auch beim Amt für Motorisierung bemerkt – es gibt Sonderschalter für Autoagenturen. Wenn dort eine solche Regelung rechtlich möglich ist und offensichtlich zu Verbesserungen im Service führt, dann sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, diese anzubieten. Ein Amt ist eben, aus meiner Sicht, ein Dienstleister (selbst wenn der Antragsteller möglicherweise nicht direkt die Gebühr der Dienstleistung entrichtet). Und ein Dienstleister, der sich nicht an den

Wünschen seiner Kundschaft ausrichtet, handelt nicht unternehmerisch. In diesem Sinne bin ich für mehr Unternehmertum unter den Beamten.

9. Die Freiberufler haben grundsätzlich in keiner Form eine Möglichkeit, direkt oder indirekt für finanzielle Unterstützungen anzusuchen - dies im Unterschied zu (fast allen) anderen Arbeitgebern. Dies ist auch nicht vorrangig. Die Vereinigung sucht jedoch für spezifische Anliegen, welche insbesondere die Ausübung der freien Berufe erleichtern, Ansprechpartner. **Erklären Sie sich dazu bereit, sich für die Belange der Freiberufler einzusetzen und für unseren Verband ein Ansprechpartner für konkrete Probleme und Vorschläge zu sein?**

Wir von der Gruppe verdECONomia fühlen uns besonders den kleinen, regionalen Wirtschaftssubjekten nahe. Diese gilt es für uns zu fördern und zu unterstützen, um ein qualitatives und nicht rein quantitatives Wirtschaftswachstum zu erreichen - Großunternehmen haben heute schon andere Mittel und Vertreter. Unser Wirtschaftsprogramm orientiert sich genau an den regionalen Teilnehmern der Wirtschaftskreisläufen, zu denen sicherlich auch die freien Berufe gehören.

Mit herzlichen Grüßen

Christoph Moar

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christoph Moar'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.